

Marcus Scheiblecker

Konsum wächst erstmals seit drei Jahren wieder

Prognose für 2016 und 2017

Konsum wächst erstmals seit drei Jahren wieder. Prognose für 2016 und 2017

Die heimische Wirtschaftsleistung wird heuer mit +1,7% deutlich stärker wachsen als in den vergangenen vier Jahren. Dadurch verschwindet der Wachstumsrückstand zum Durchschnitt des Euro-Raumes und zu Deutschland. Während der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum heuer noch belastet, steigt die Binnennachfrage kräftig. Die Investitionen werden merklich ausgeweitet, und der Konsum der privaten Haushalte wächst erstmals seit drei Jahren wieder. 2017 wird bei langsam abflauernder Binnenkonjunktur die Außenwirtschaft stabilisierend wirken. In Österreich wird das BIP real um 1,5% wachsen.

First Increase in Private Consumption in Three Years. Economic Outlook for 2016 and 2017

Total production in Austria should grow in real terms by 1.7 percent in 2016, significantly above the pace recorded for the last four years and closing the growth gap vis-à-vis Germany and the euro area average. While the contribution of net trade is dragging down growth this year, domestic demand is rising substantially. Investment is lively and private households, for the first time in three years, are spending in real terms more on consumption. In 2017, stronger exports should offset some slackening in internal demand, keeping real GDP growth at 1.5 percent.

Kontakt:

Mag. Dr. Marcus Scheiblecker: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht_erstattung-Glossar.pdf • Abgeschlossen am 27. September 2016.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (Astrid.Czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (Maria.Riegler@wifo.ac.at)

Der Konsum der privaten Haushalte nimmt heuer erstmals seit drei Jahren wieder zu. Mit +1,5% liefert er einen wichtigen Impuls für das heimische Wirtschaftswachstum. Sowohl die Steuerreform als auch der durch das Bevölkerungswachstum ausgelöste Nachfrageschub tragen dazu bei. 2017 wird die Konsumnachfrage jedoch mit dem Wegfall dieser Sondereffekte wieder etwas an Schwung einbüßen (+1,2%).

Bereits 2015 verstärkte sich in Österreich die Nachfrage nach Investitionsgütern, insbesondere nach Ausrüstungsgegenständen. Diese Tendenz hielt in den ersten zwei Quartalen 2016 an. Da die weiteren Konjunkturaussichten nach wie vor eher gedämpft sind, dürfte es hier eher um Ersatzinvestitionen für veraltete Geräte gehen als um Investitionen zur Kapazitätsausweitung.

Auch die Bauwirtschaft scheint ihre Krise überwunden zu haben und belebte sich bereits Ende 2015. Die günstige Entwicklung setzte sich heuer fort, wobei der Sektor im I. Quartal zusätzlich vom milden Wetter profitierte. Am stärksten wuchs der sonstige Hochbau. Auch der Wohnungsneubau wurde ausgeweitet, obwohl die Maßnahmen der von der Regierung initiierten Wohnbauinitiative noch nicht zum Tragen kamen. Keine Besserung war hingegen im Tiefbau festzustellen. Nach einem Wachstum der Bauinvestitionen von real 1,6% 2016 wird 2017 mit einer weiteren Ausweitung um 1,4% gerechnet.

Die Schwäche der internationalen Konjunktur belastet heuer die heimische Wirtschaft. In den USA fiel das Wachstum seit dem Herbst 2015 geringer aus als in der EU. Auch in den Schwellenländern befindet sich die Wirtschaft nach wie vor in einer schwierigen Lage, doch zeigen sich erste Hinweise auf eine Erholung. Österreichs Exporte werden daher heuer um nur 2,8% steigen, nach +3,6% im Vorjahr. Auch 2017 bleibt die Entwicklung mit +2,8% verhalten. Die heimischen Exportmärkte wachsen nicht dynamischer als 2015 (2016 +2,7%, 2017 +3,0%). Die Abstimmung in Großbritannien

nien über den Austritt aus der EU verunsicherte die Märkte nur vorübergehend; die vorliegende Prognose erwartet sehr geringe Auswirkungen auf die Konjunktur in Österreich. Etwaige Beeinträchtigungen werden generell eher 2017 als 2016 zu beobachten sein.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt							
Real	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,5	
Nominell	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,1	
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,3	
Handel, real	- 1,6	- 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,3	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,5	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,4	+ 2,2	- 0,9	+ 0,7	+ 3,4	+ 2,3	
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,6	+ 2,4	- 1,0	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,0	
Bauten	+ 2,2	- 0,9	- 0,1	- 1,2	+ 1,6	+ 1,4	
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,6	+ 9,2	- 2,4	+ 0,6	+ 4,7	+ 3,0	
Warenexporte (laut Statistik Austria)							
Real	+ 0,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,7	+ 2,8	+ 3,0	
Nominell	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,8	
Warenimporte (laut Statistik Austria)							
Real	- 0,9	- 0,2	+ 0,7	+ 5,7	+ 4,5	+ 3,0	
Nominell	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,5	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 4,73	+ 6,29	+ 6,38	+ 8,64	+ 9,82	+ 9,47
	in % des BIP	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,6
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	2,4	2,0	1,5	0,7	0,3	0,3
Verbraucherpreise		+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,7
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	6,0	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,0	7,6	8,4	9,1	9,2	9,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,2	- 1,4	- 2,7	- 1,0	- 1,6	- 1,5

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – 1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). – 4) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 5) Labour Force Survey. – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – 7) Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Die Inflationsrate bleibt auch 2016 mit 1% sehr niedrig, wenngleich der Preisauftrieb wesentlich stärker ist als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Nach dem Rückgang in den Vorjahren wird der Rohölpreis 2017 annahmegemäß wieder steigen. Damit wird die Inflation in Österreich auf 1,7% anziehen.

Die Belebung gegenüber den Vorjahren ermöglicht in Österreich eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaues. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten steigt heuer um 1,4% und damit stärker als 2015 (+1%) und wird sich auch 2017 um über 1% erhöhen. Die dynamischere Ausweitung der Beschäftigung reicht jedoch immer noch nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Allerdings gelingt es, den Anstieg der vergangenen Jahre deutlich zu bremsen. Die Arbeitslosenquote wird nach nationaler Berechnungsmethode von 9,1% im Vorjahr auf 9,2% 2016 und 9,4% 2017 steigen.

1. Wirtschaft der USA deutlich schwächer, Erholung in den Schwellenländern

Außerhalb der EU entwickelte sich die Wirtschaft Ende 2015 und Anfang 2016 besonders schwach. In den USA verlor die Konjunktur im IV. Quartal 2015 und bis Mitte 2016 deutlich an Schwung, und die Schwellenländer befinden sich derzeit noch in einer schwierigen Lage. Vor diesem Hintergrund ließ die Welthandelsaktivität merklich nach. Laut CPB-Index wird sie heuer mit +0,5% den geringsten Anstieg seit der Wirtschaftskrise 2008/09 aufweisen.

Die Wirtschaft der USA befindet sich zur Zeit in einer Schwächephase: Im IV. Quartal 2015 und im I. Quartal 2016 expandierte das BIP gegenüber der Vorperiode real um jeweils nur 0,2%. Im II. Quartal 2016 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit

+0,3% abermals nur sehr wenig. Damit blieb das Wachstum seit dem Herbst 2015 hinter dem der EU zurück.

Belastend wirkt vor allem der Rückgang der privaten Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und Wohnbauten. Im II. Quartal 2016 war zudem ein deutlicher Lagerabbau zu verzeichnen, sodass Nachfragesteigerungen in einigen Bereichen keine Produktionsausweitung mit sich brachten.

Anhaltend robust entwickelten sich hingegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Sie profitierten von der Zunahme der Arbeitskräftenachfrage nach der Wirtschaftskrise 2008/09, dem geringen Anstieg der Verbraucherpreise und den günstigen Finanzierungsbedingungen. Das Konsumentenvertrauen befindet sich weiterhin auf sehr hohem Niveau, die Konsumdynamik sollte daher zumindest in den kommenden Monaten anhalten.

Die aktuelle Schwäche der Wirtschaft spiegelt sich auch in der Stagnation der Industrieproduktion seit Anfang 2016 und in der nun nicht mehr sinkenden Arbeitslosenquote. Die Geldpolitik beließ ihren Leitzinssatz bislang auf dem äußerst niedrigen Niveau zwischen 0,25% und 0,5%. Die Inflationsrate lag im August bei 1,1%.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

		2012	2013	2014	2015	2016	2017
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>							
Welt		+ 3,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3
USA		+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2
Japan		+ 1,7	+ 1,4	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
EU		- 0,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6
Euro-Raum		- 0,9	- 0,3	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5
MOEL 5 ¹⁾		+ 0,4	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,8
China		+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 6,4	+ 6,2
Welthandel, real		+ 1,6	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,0
Marktwachstum Österreichs ²⁾		+ 0,6	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,0
Erdölpreis	Brent, \$ je Barrel	111,6	108,7	99,0	52,5	45	57
Wechselkurs ³⁾	\$ je Euro	1,286	1,328	1,329	1,110	1,10	1,10

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer (laut Oxford Economics), gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ Jahresdurchschnitte aufgrund von Monatsdurchschnitten.

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die Wirtschaft der USA wieder an Schwung gewinnt, der auch 2017 anhält, ohne sich jedoch weiter zu verstärken. Das Wachstum wird 2016 nur 1,5% betragen und sich 2017 auf 2,2% erhöhen.

Die chinesische Wirtschaft belebte sich seit Mitte 2016 als Reaktion auf umfangreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen zusehends. Sowohl die Steigerung der Industrieproduktion als auch die Zunahme der Rohstoffimporte belegen diese höhere Dynamik. Zudem weisen auch die Leading Indicators für China in diese Richtung. Die rohstoffexportierenden Schwellenländer verzeichnen ebenfalls eine Besserung der Wirtschaftslage. Russlands Wirtschaft leidet anhaltend unter den niedrigen Rohstoffpreisen und den Wirtschaftssanktionen, doch sollte nach dem starken BIP-Rückgang eine langsame Erholung in Gang kommen. Für Brasilien deuten die Leading Indicators der OECD ebenfalls auf eine bevorstehende Konjunkturbelebung hin.

2. Konjunkturerholung in der EU verlangsamt

Im IV. Quartal 2015 und I. Quartal 2016 expandierte die Wirtschaft in der EU gegenüber der Vorperiode real um jeweils 0,5%. Im II. Quartal verringerte sich die Dynamik nur unwesentlich auf +0,4%.

Das Votum Großbritanniens für einen Austritt aus der EU dämpfte nur vorübergehend die Unternehmens- und Verbraucherstimmung. In Großbritannien wird das Wachstum dadurch beeinträchtigt, in den anderen EU-Ländern aber kaum.

Die Binnennachfrage stabilisierte die Wirtschaft im Euro-Raum und in der EU insgesamt im IV. Quartal 2015 und I. Quartal 2016, während die internationale Konjunkturschwäche die Entwicklung belastet. Im II. Quartal verlagerten sich die Wachstumskräfte zur Außenwirtschaft. Die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt der EU lässt eine anhaltende Expansion der Konsumnachfrage erwarten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in der EU gegenüber dem Vorquartal um 0,4% (Euro-Raum +0,3%) und gegenüber dem Vorjahr um 1,5% (Euro-Raum +1,4%). Die Arbeitslosenquote ist im Euro-Raum zwar nach wie vor mit rund 10% im internationalen Vergleich sehr hoch, seit einigen Jahren aber bereits rückläufig.

Die Auswirkungen des britischen Votums für einen EU-Austritt auf die Konjunktur

Ende Juni sprach sich in Großbritannien die Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksabstimmung gegen einen Verbleib in der EU aus. Dieses Votum ist für die britische Regierung zwar nicht bindend, und bislang wurde noch kein Austrittsgesuch an die Europäische Kommission gestellt, es verunsicherte aber die Marktteilnehmer in einer kritischen Phase der Konjunktur.

Die Folgen eines möglichen Austrittes für die österreichische Wirtschaft wurden bislang kaum analysiert. Internationale Studien gehen von langfristig eher geringen Effekten auf die Wirtschaft der gesamten EU aus, ohne jedoch für Österreich gesonderte Werte auszuweisen. Großbritannien ist mit einem Warenexportmarktanteil von rund 3% Österreichs achtwichtigster Exportmarkt. In diesen Raum werden vor allem Maschinen und Produkte der Autozulieferindustrie ausgeführt. Der Anteil unterschätzt allerdings die außenwirtschaftliche Bedeutung des Warenhandels mit diesem Land, denn auch die von anderen Ländern nach Großbritannien gelieferten Waren enthalten oftmals heimische Vorleistungen und somit österreichische Wertschöpfung. Das World-Input-Output-Modell weist einen Wertschöpfungsanteil Österreichs an den Exporten Deutschlands nach Großbritannien von nur 0,9% aus. Auch von dieser Seite sind daher nur geringe nachteilige Effekte zu erwarten.

Das ifo-Institut berechnet für Österreich langfristig Einbußen von – je nach Szenario – lediglich 0,05% bis 0,18% des BIP pro Kopf; möglicherweise zu erwartende positive Effekte – etwa einer Vertiefung der Integration innerhalb der verbleibenden EU oder einer Rückverlagerung von Produktionsstätten nach Österreich – wurden hier noch nicht berücksichtigt.

Neben der Frage nach den längerfristigen Auswirkungen eines EU-Austrittes von Großbritannien¹⁾ sind auch die Konjunkturreffekte des Votums von Interesse. So büßte das britische Pfund seit der Volksabstimmung am 23. Juni gegenüber dem Euro rund 10% seines Wertes ein. Dies verteuert die Exporte aus dem Euro-Raum nach Großbritannien und belastet somit die heimische Exportwirtschaft. Zudem beeinträchtigt die Verunsicherung über das Austrittsverfahren das Investitionsklima, was in Großbritannien rezessive Tendenzen auslösen könnte. Darunter würden auch die Handelspartnerländer leiden.

Die Entscheidung zugunsten des Austrittes hatte kurzfristig Preisschwankungen auf den globalen Finanz- und Kapitalmärkten zur Folge. Die Volatilität stieg beträchtlich, und die Aktienkurse an den europäischen Börsen gerieten auf breiter Front unter Druck. Davon waren insbesondere Finanztitel betroffen. Die rasche Stellungnahme der Notenbanken weltweit, einer Verschlechterung des Finanzmarktumfeldes mit weiteren expansiven Maßnahmen entgegenzuwirken, beruhigte die Finanzmärkte jedoch. Die Bank of England senkte den Leitzinssatz im August um 25 Basispunkte auf 0,25% und weitete das Quantitative-Easing-Programm aus, um die Finanzierungsbedingungen zu verbessern. Sowohl der britische Leitindex FTSE 100 als auch andere europäische Aktienindizes zogen wieder an und befinden sich mittlerweile deutlich über dem Niveau vor der Abstimmung. Wichtige Stimmungsindikatoren für die britische Wirtschaft gaben im Juli zunächst nach, erholten sich aber im August wieder und deuten derzeit nicht auf einen merklichen Einbruch der Wirtschaftsaktivität hin.

Da die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen auf den Außenhandel erst verzögert sichtbar werden, ist eine Auswertung der aktuellen Exportdaten wenig zielführend, um mögliche negative Effekte auf die Konjunktur zu identifizieren. Sinnvoller sind Modellrechnungen, die auf empirischen Zusammenhängen der Vergangenheit beruhen. Für Deutschland rechnet das ifo-Institut bei einer deutlichen Verringerung des Wachstums in Großbritannien und einer Abwertung des Pfundes mit einer Dämpfung des BIP-Wachstums 2016 um höchstens 0,1% des BIP und 2017 um höchstens 0,2%. Das DIW errechnet für 2016 einen Produktionsausfall von 0,1 und für 2017 von 0,3 Prozentpunkten. Für Österreich dürfte der negative Effekt wegen der geringeren außenwirtschaftlichen Bedeutung Großbritanniens unter 0,1% des BIP im Jahr 2017 liegen.

¹⁾ Schiman, St., "Weltwirtschaft durch EU-Austritt Großbritanniens kaum beeinträchtigt. Mittelfristige Prognose bis 2021", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(10), S. 717-727, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/59077>.

Das merkliche Anziehen der Investitionsnachfrage im Euro-Raum markierte Ende 2015 und Anfang 2016 nicht den Beginn eines sich selbst verstärkenden Investitionsaufschwunges. Bereits im II. Quartal kam die Dynamik wieder zum Erliegen, und die Nachfrage stagnierte. Die mehrheitliche Entscheidung der britischen Bevölkerung für

einen EU-Austritt verunsicherte die Märkte erneut, was das Investitionsklima beeinträchtigen könnte.

Die Unternehmensumfragen in der EU und im Euro-Raum weisen aber auf keinerlei Einbruch des Vertrauens hin. Sowohl im Juli als auch im August war eine leichte Verbesserung des Indikators zu beobachten. Dies lässt eine weitere Expansion der Wirtschaft in den kommenden Monaten erwarten. Das BIP wird im Euro-Raum laut WIFO-Prognose heuer um 1,6% und 2017 um 1,5% zunehmen.

Die Inflationsrate liegt im Euro-Raum unverändert weit unter der geldpolitischen Zielmarke von nahe 2%. Im Juli und August stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2%. Die außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen bestimmen nach wie vor die Entwicklung auf den europäischen Finanzmärkten: Umfangreiche Aufkäufe von Staats- und Unternehmensanleihen im Umfang von 80 Mrd. € pro Monat drücken die Renditen. Die Staatsanleihen einiger EU-Länder weisen bereits seit einiger Zeit negative Renditen auf, und auch die Geldmarktzinssätze für Zwischenbankkredite sind negativ. Im September gelang es erstmals auch Großunternehmen des Euro-Raumes, Anleihen mit negativen Renditen auf dem Markt zu platzieren.

Wenngleich die Inflation nach wie vor nicht auf die Politik der EZB reagiert, zieht seit kurzem die Kreditvergabe an den privaten Sektor an – üblicherweise ein Hinweis auf eine Konjunkturbelebung. So nahm das Kreditvolumen der privaten Haushalte bereits seit dem Frühjahr 2015 zu, während jenes der nicht dem Finanzsektor angehörenden Unternehmen erst seit Anfang 2016 wieder wächst. Diese neue Entwicklung ist nicht auf wenige Länder beschränkt, sondern in einer Vielzahl von EU-Ländern zu beobachten.

2.1 Wirtschaft in den ostmitteleuropäischen Ländern 2017 nur wenig stärker

Nachdem die Wirtschaft der MOEL 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) 2015 ein kräftiges Wachstum von 3,6% aufgewiesen hatte, erlähmten die Wachstumskräfte Anfang 2016. Das BIP dieser Ländergruppe wuchs im Vergleich mit der Vorperiode nicht mehr, womit das schlechteste Ergebnis seit Anfang 2013 erzielt wurde. Im II. Quartal wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder deutlich ausgeweitet (+0,8%), jedoch gingen die Bruttoanlageinvestitionen weiter empfindlich zurück.

Das WIFO erwartet daher für heuer einen Anstieg des BIP der MOEL 5 von nur knapp 2½%. 2017 wird sich das Wirtschaftswachstum wieder auf 2,8% verstärken. Damit expandiert allerdings die Wirtschaft dieser wichtigen Handelspartner 2016 und 2017 wesentlich schwächer als 2014 und 2015. Neben der mäßigen Entwicklung in den USA belastet dies das Wachstum der österreichischen Exportabsatzmärkte.

3. Deutsche Wirtschaft verliert an Zugkraft

Nach einem kräftigen Anstieg des BIP gegenüber dem Vorquartal von real 0,7% Anfang 2016 verlangsamte sich das Wachstum in Deutschland im II. Quartal auf 0,4%. Insbesondere die Binnennachfrage flaute ab. Der Konsum der privaten wie auch der öffentlichen Haushalte entwickelte sich gedämpft, die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen waren gegenüber der Vorperiode sogar rückläufig. Der Außenbeitrag verbesserte sich hingegen trotz der internationalen Konjunkturschwäche und stützte das Wachstum. Der Export wurde gegenüber der Vorperiode kräftig gesteigert, während der Import leicht rückläufig war.

Die ifo-Konjunkturumfrage vom September zeigte zwar eine Verbesserung der Erwartungen der Unternehmen und eine günstigere Einschätzung der aktuellen Lage; in den zwei vorangegangenen Umfragen war aber ein Rückgang des Geschäftsklimaindex zu beobachten gewesen.

Der Index der Industrieproduktion war seit Anfang 2016 und auch im Juli rückläufig. Der Vertrauensindikator der Europäischen Kommission für die Industrie ging im Au-

Das zu Jahresbeginn besonders kräftige Wachstum der deutschen Wirtschaft schwächte sich im II. Quartal merklich ab. Die Unternehmensumfragen deuten auf ein weiteres Nachlassen der Dynamik im 2. Halbjahr hin.

gust ebenfalls zurück, und die Auftragseingänge stagnieren bereits seit Jahresbeginn.

Günstig entwickeln sich hingegen weiterhin der deutsche Arbeitsmarkt und die Situation der öffentlichen Haushalte: Die Arbeitslosenquote sank im Juli erneut und erreichte einen Tiefstwert von 4,2%; die Gebarungsdaten lassen für 2016 abermals einen Überschuss erwarten.

4. Binnenwirtschaft stützt Wirtschaftswachstum in Österreich

Während heuer Konsum und Investitionen in Österreich so stark wie seit Jahren nicht wachsen, belastet der Außenbeitrag die heimische Wirtschaft.

Nach mehreren schwachen Jahren expandiert die österreichische Wirtschaft 2016 wieder stärker. Seit 2012 überschritt das Wachstum die 1%-Schwelle nicht, die Dynamik blieb damit insgesamt deutlich unter jener in Deutschland. Die Kombination von flauer internationaler und heimischer Nachfrage dämpfte die Wirtschaftsentwicklung. Während die geringe Dynamik der Außenwirtschaft die Konjunktur belastet, treiben heuer die wieder aufkeimende Investitionsnachfrage und die verstärkten Konsumausgaben das Wachstum.

Übersicht 3: Konsum, Einkommen und Preise

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,5	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,8	- 3,0	+ 0,1	- 0,6	+ 2,5	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,5	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,9	- 2,1	+ 0,5	- 1,0	+ 2,1	+ 1,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,2	7,3	7,8	6,9	7,5	7,6
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	6,6	7,0	6,1	6,6	6,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,5
	In %					
Inflationsrate						
National	2,4	2,0	1,7	0,9	1,0	1,7
Harmonisiert	2,6	2,1	1,5	0,8	1,0	1,7
"Kerninflation" ²⁾	2,3	2,3	1,9	1,7	1,4	1,6

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 4: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,1
Netto	- 0,0	- 0,6	- 0,6	+ 0,2	+ 2,9	- 0,2
Lohnstückkosten						
Gesamtwirtschaft	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2
Herstellung von Waren	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 1,7	+ 1,8	+ 1,2	- 2,7	+ 1,1	+ 0,1
Real	- 1,6	+ 2,2	+ 1,5	- 2,7	+ 1,2	- 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	221,28	222,51	225,91	228,43	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,1
Private Haushalte ¹⁾	160,24	160,24	162,64	164,59	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2
Staat	61,05	62,32	63,31	63,88	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,9
Bruttoinvestitionen	72,81	73,20	75,79	78,06	+ 0,4	+ 0,5	+ 3,5	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen	69,87	70,37	72,74	74,39	- 0,9	+ 0,7	+ 3,4	+ 2,3
Ausrüstungen ²⁾	23,55	24,39	25,61	26,38	- 1,0	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,0
Bauten	32,08	31,70	32,21	32,66	- 0,1	- 1,2	+ 1,6	+ 1,4
Sonstige Anlagen ³⁾	14,24	14,32	15,00	15,45	- 2,4	+ 0,6	+ 4,7	+ 3,0
Inländische Verwendung	294,90	297,21	303,62	308,42	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,6
Exporte	166,46	172,38	177,24	182,24	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,8
Reiseverkehr	12,67	13,24	13,57	13,77	+ 0,7	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,5
Minus Importe	153,79	159,00	164,98	169,92	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,0
Reiseverkehr	6,32	6,30	6,21	6,21	+ 3,8	- 0,3	- 1,5	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	307,51	310,47	315,80	320,66	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,5
Nominell	330,42	339,90	352,16	363,04	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,1

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums weiteten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben in den vergangenen Jahren nicht aus. Die Ursachen lagen hauptsächlich in einer ungünstigen Einkommensentwicklung und einer zunehmenden Unsicherheit durch die steigende Arbeitslosigkeit. Die im internationalen Vergleich hohe Inflationsrate drückte zudem die Kaufkraft der Einkommen.

Diese Faktoren wirken teilweise weiter, doch werden heuer einige Sondereffekte wirksam: Zum einen trat mit 1. Jänner 2016 die Steuerreform in Kraft und entlastet die Arbeitseinkommen. Dies ermöglicht erstmals seit 2009 wieder ein nennenswertes reales Wachstum der Nettolöhne und -gehälter pro Kopf von 2,9%, nachdem diese 2013 und 2014 schrumpften und 2015 um nur 0,2% zunahmen. In der Folge erhöhen sich heuer vor allem die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter wie Kraftfahrzeuge und Wohnungseinrichtungen.

Übersicht 6: Technische Anmerkungen zur Wachstumsprognose des realen BIP

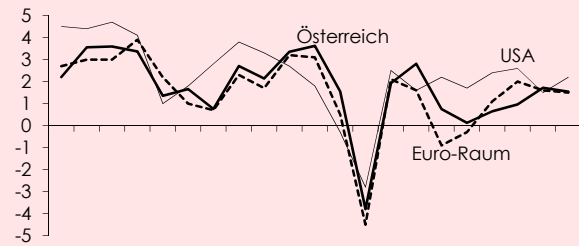
		2014	2015	2016	2017
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7
Jahreswachstumsrate	in %	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,5
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,7
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1

Q: WIFO. 2016 und 2017: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, Trend-Konjunktur-Komponente. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, Trend-Konjunktur-Komponente. – ³⁾ Trend-Konjunktur-Komponente. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages.

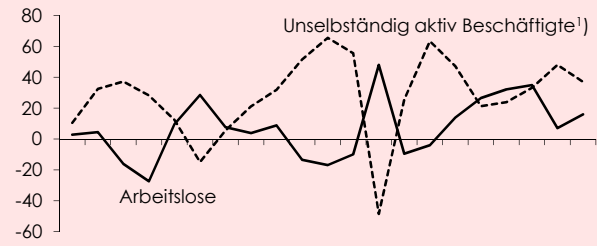
Zum anderen zieht das durch die Flüchtlingsmigration verstärkte Bevölkerungswachstum eine Steigerung der Konsumausgaben nach sich. Dabei konzentrieren sich die Mehrausgaben eher auf nichtdauerhafte Konsumgüter. Überdies wird das Konsumwachstum heuer durch den statistischen Effekt des Schalttages (Zahl der Kalendertage +0,27%) begünstigt. Nachdem der Konsum der privaten Haushalte 2013 und 2014 real um 0,1% bzw. 0,3% zurückgegangen war, stagnierte er 2015. 2016 wird das Konsumwachstum 1,5% betragen und 2017 auf 1,2% abflauen, da die Sonderfaktoren ausklingen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

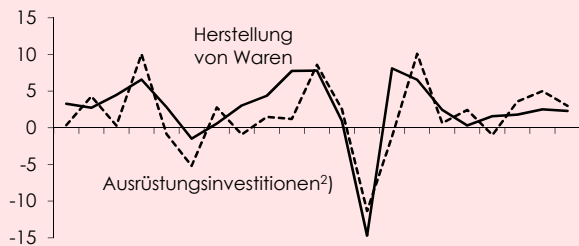
Wirtschaftswachstum
In %



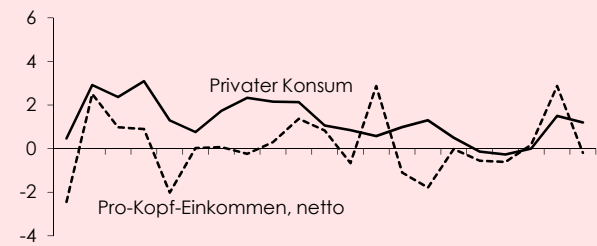
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



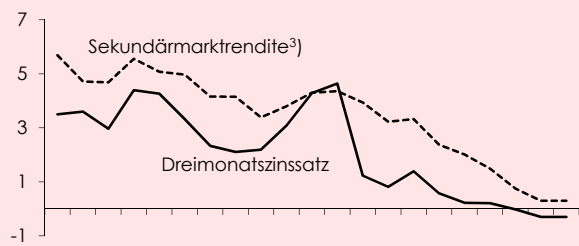
Produktion und Investitionen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



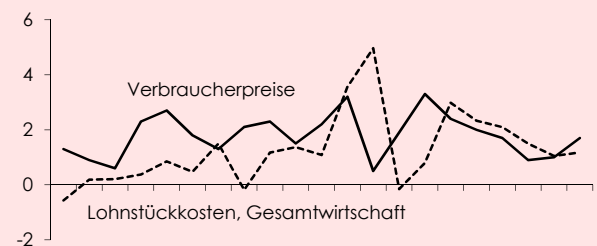
Konsum und Einkommen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



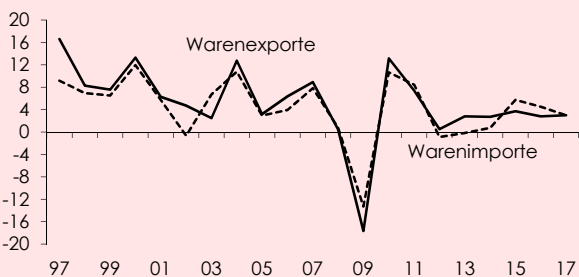
Kurz- und langfristige Zinssätze
In %



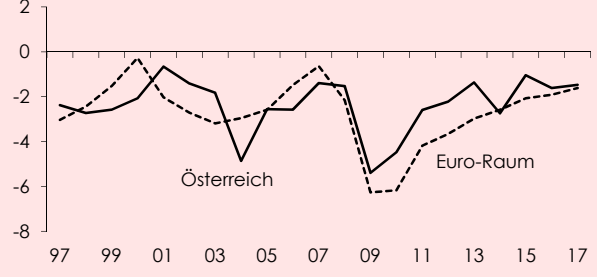
Preise und Lohnstückkosten
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates
In % des BIP



Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Der öffentliche Konsum erhöhte sich im Jahr 2015 um 2,1%; bestimmend waren vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung. Die Grunddynamik ohne diesen Sonderfaktor weist eher auf eine Abflachung der Entwicklung hin, welche auch im 1. Halbjahr 2016 anhielt. Im II. Quartal verringerte sich der Anstieg gegenüber der Vorperiode auf real 0,2% (I. Quartal +0,3%). Für das gesamte Jahr 2016 rechnet das WIFO mit einer Zunahme um 1,6%, nach 2,1% im Jahr 2015. 2017 wird sich das Wachstum weiter auf 0,9% verlangsamen.

Die Bruttoanlageinvestitionen gewannen bereits im Laufe des Jahres 2015 schrittweise an Dynamik und expandierten im I. und II. Quartal 2016 besonders kräftig (jeweils real +1% gegenüber der Vorperiode). Die Ausrüstungsinvestitionen übertrafen das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr bereits um knapp 5%. Überwiegend dürften dies Ersatzinvestitionen sein, da sich die Investitionen in den letzten Jahren schwach entwickelten und der Ausblick in den Unternehmensumfragen nach wie vor eher verhalten ist.

Auch die Bauinvestitionen, die in den vergangenen drei Jahren schrumpften, weisen heuer mit real +1,6% erstmals wieder ein Wachstum auf. Während der Tiefbau nach wie vor schrumpfte, werden der Wohnbau und insbesondere der sonstige Hochbau kräftig ausgeweitet. Die Wohnbauoffensive der Bundesregierung dürfte dazu derzeit noch wenig beitragen, wird aber gegen Ende 2016 und auch 2017 positive Effekte entfalten. Dank der Belebung der Baunachfrage wurde im 1. Halbjahr 2016 erstmals seit drei Jahren auch die Beschäftigung in diesem Bereich ausgeweitet, die Zahl der registrierten arbeitslosen Bauarbeiter sank.

Die Bauwirtschaft steigert ihre Produktion heuer erstmals wieder.

4.1 Schwäche des Außenhandels belastet weiterhin die Industrieproduktion

Die Schwäche der Außenwirtschaft belastet heuer das Wirtschaftswachstum, der Außenbeitrag zum Wachstum ist negativ. Zwar kann der gesamtwirtschaftliche Export trotz der trägen internationalen Konjunktur real um 2,8% gesteigert werden, doch wächst der Import aufgrund der Ausweitung der Ausgaben für langlebige Konsumgüter und Ausrüstungsgegenstände mit 3,8% noch kräftiger. Der Wert der Warenausfuhr laut Außenhandelsstatistik erhöhte sich im 1. Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um nur 1,2%. Dabei erwies sich der Handel mit den EU-Ländern (Export +1,9%) als stabilisierend, während die Warenausfuhr in Drittländer schrumpfte (-0,4%).

Übersicht 7: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,97	3,99	4,13	4,13	+ 2,3	+ 0,4	+ 3,5	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	55,80	56,65	58,06	59,40	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,3
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	8,06	8,15	7,91	8,11	- 2,2	+ 1,2	- 3,0	+ 2,5
Bau	16,37	16,18	16,47	16,69	- 1,9	- 1,1	+ 1,8	+ 1,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	34,59	34,80	35,67	36,49	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,3
Verkehr	14,98	15,02	15,13	15,19	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,4
Beherbergung und Gastronomie	13,06	13,20	13,50	13,71	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,5
Information und Kommunikation	9,38	9,53	9,60	9,75	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11,41	11,49	11,60	11,66	- 2,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,20	26,49	26,97	27,50	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	25,89	26,13	26,65	27,10	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	47,44	47,81	48,29	48,63	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,66	7,62	7,66	7,70	+ 0,7	- 0,5	+ 0,6	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	274,73	276,94	281,52	285,87	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	307,51	310,47	315,80	320,66	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,5

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

2017 wird der gesamtwirtschaftliche Export zwar mit real +2,8% abermals schwach wachsen, jedoch dürfte die Importsteigerung auf +3,0% abflauen. Der Außenbeitrag wird dann die Wirtschaft zumindest nicht mehr dämpfen.

Wegen des ungünstigen außenwirtschaftlichen Umfeldes entwickelt sich die heimische Industrieproduktion weiterhin nur sehr schleppend entlang eines leicht aufwärtsgerichteten Pfades. Der Produktionsindex lag im Juli arbeitstagsbereinigt um 0,4% unter dem Vorjahreswert. Gegenüber dem Vormonat betrug der Rückgang 0,5%, kumuliert über das 1. Halbjahr ergibt sich ein Anstieg von 2,3% gegenüber dem Vorjahr.

Im WIFO-Konjunkturtest beurteilten die Unternehmen der Sachgüterproduktion (Industrie und Gewerbe) ihre aktuelle Geschäftslage zuletzt abermals zuversichtlicher, und auch die künftige Entwicklung wurde günstiger eingeschätzt. Der Einkaufsmanagerindex der Bank Austria ging im August hingegen leicht zurück. Das Wachstum dürfte sich daher in den kommenden Monaten fortsetzen, eine deutliche Beschleunigung ist aber fraglich.

Vor diesem Hintergrund wird die Wertschöpfung der Sachgüterproduktion zwar 2016 mit real +2,5% das höchste Wachstum der letzten fünf Jahre erreichen, sich aber 2017 nicht zusätzlich verstärken.

Übersicht 8: Produktivität

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,3	- 0,6	+ 0,3	- 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,9
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,1
<i>Herstellung von Waren</i>						
Produktion ⁴⁾	+ 2,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,5	- 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktion, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

4.2 Kreditnachfrage der Unternehmen anhaltend gedämpft

Trotz des neuerlichen Rückganges der Zinssätze und der Lockerung der Kreditvergabe durch die Banken stagniert die Kreditnachfrage der Unternehmen weiterhin.

Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen verbesserten sich weiter. Laut OeNB sanken die Zinssätze für neu vergebene Unternehmenskredite bis zu 1 Mio. € (nach unterschiedlichen Laufzeiten gewichtet) bereits in den letzten Jahren gegen 2%. Der Zinssatz für Zwischenbankkredite sank im August neuerlich (auf -0,3%).

Trotz der überaus günstigen Finanzierungsbedingungen stieg die Kreditnachfrage der Unternehmen kaum. Im II. Quartal 2016 betrug das Volumen der Kredite an nichtfinanzielle österreichische Unternehmen laut OeNB – seit Ende 2015 so gut wie unverändert – 133,3 Mrd. €. Die Unternehmensbefragung des WIFO zu den herrschenden Kreditbedingungen zeigt als Ursache eher eine geringe Kreditnachfrage als restriktive Angebotsbedingungen auf Seite der Banken. Zwar überwiegt deutlich die Einschätzung eines restriktiven Vorgehens der Banken bei der Vergabe von Krediten, es wird aber als viel weniger restriktiv eingeschätzt als vor fünf Jahren.

Noch günstiger sind derzeit die Finanzierungsbedingungen nur für den öffentlichen Sektor. So konnte sich der Bund Anfang September für neu begebene Anleihen mit einer Laufzeit von sieben Jahren zu einer Rendite von -0,32% verschulden. Das Niedrigzinsumfeld entlastet damit weiterhin merklich den öffentlichen Schuldendienst.

In realer Rechnung sind viele Zinssätze deutlich negativ. So lag die Inflationsrate im August unverändert bei 0,6%. Dadurch wird der Realwert bei Rückzahlung der Kredit- bzw. Anleiheschuld wie auch künftiger Zinszahlungen zusätzlich verringert. Dies macht Fremdfinanzierungen derzeit äußerst attraktiv.

4.3 Steigende Rohstoffpreise erhöhen die Inflationsrate 2017

Im August lag die Teuerungsrate weiterhin bei nur 0,6%. In den nächsten Monaten werden die bislang inflationsdämpfenden Preise von Energieträgern im Vorjahresvergleich wieder kräftiger steigen als in der ersten Jahreshälfte.

Laut Statistik Austria trug der Preisauftrieb in der Kategorie "Restaurants und Hotels" – davon insbesondere Bewirtungsdienstleistungen – mit +0,28 Prozentpunkten maßgeblich zum VPI-Anstieg bei. Diese Preissteigerungen wirken sich auch wesentlich auf das Inflationsdifferential zum Euro-Raum aus.

Die EU-weit harmonisierte Inflationsrate betrug in Österreich im August 0,6%, im Durchschnitt des Euro-Raumes 0,2%. Auch 2016 wird die Inflationsrate in Österreich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes liegen.

Das WIFO geht in der vorliegenden Prognose davon aus, dass die Preise von Energierohstoffen in Zukunft wieder tendenziell steigen werden. Der Rohölpreis dürfte sich nach einem Jahresdurchschnitt 2016 von 45 \$ je Barrel (Brent) 2017 auf 57 \$ erhöhen. Vor diesem Hintergrund wird die Inflationsrate auf 1,7% steigen.

Der Verbraucherpreisindex wird heuer um 1% steigen, die Inflationsrate wird damit ähnlich hoch sein wie 2015 (0,9%).

4.4 Beschleunigter Beschäftigungszuwachs – Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst

Trotz der Konjunkturschwäche war in den vergangenen Jahren ein steter Anstieg der Beschäftigung zu verzeichnen (unselbständig aktiv Beschäftigte 2015 +33.200). Die kräftigere Wachstumsdynamik geht 2016 und 2017 mit einem verstärkten Beschäftigungsaufbau einher (2016 +48.000 bzw. +1,4%, 2017 +37.000 bzw. +1,1%). Anders als in der Vergangenheit werden nunmehr auch vermehrt Vollzeitstellen geschaffen.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000						
Nachfrage nach Arbeitskräften							
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 50,1	+ 29,2	+ 31,8	+ 41,0	+ 53,0	+ 42,0	
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 47,2	+ 21,2	+ 23,8	+ 33,2	+ 48,0	+ 37,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %						
Inländische Arbeitskräfte	+ 9,0	- 8,5	- 8,1	+ 6,3	+ 13,0	+ 6,0	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 27,0	+ 35,0	+ 31,0	
Selbständige ³⁾	+ 2,9	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,8	+ 5,0	+ 5,0	
Angebot an Arbeitskräften							
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter							
15- bis 64-Jährige	+ 18,0	+ 23,5	+ 33,1	+ 52,3	+ 37,8	+ 34,3	
15- bis 59-Jährige	+ 22,3	+ 27,2	+ 33,7	+ 44,6	+ 22,6	+ 15,3	
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 64,0	+ 55,8	+ 64,0	+ 76,0	+ 60,0	+ 58,0	
Überhang an Arbeitskräften							
Vorgemerkte Arbeitslose (laut AMS)							
Stand	in 1.000	260,6	287,2	319,4	354,3	361,3	377,3
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	66,6	73,5	75,3	65,1	68,1	74,1
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	6,0	6,1
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)		6,2	6,8	7,4	8,1	8,2	8,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)		7,0	7,6	8,4	9,1	9,2	9,4
Beschäftigungsquote							
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁶⁾		67,2	67,4	67,6	67,7	68,2	68,5
Erwerbstätige ⁵⁾⁶⁾		71,4	71,4	71,1	71,1	71,4	71,6

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Weiterhin dynamisch zunehmen wird allerdings auch das Arbeitskräfteangebot, vor allem jenes aus dem Ausland. Die Zuwächse werden jedoch geringer sein als 2014 (+64.000) und 2015 (+76.000). Für 2016 rechnet das WIFO mit einer Angebotsausweitung um nur mehr 60.000 Personen und 2017 um 58.000.

Trotz der Zunahme der Arbeitskräftenachfrage und der Abflachung des Angebotswachstums gelingt es im Prognosezeitraum nicht, die Arbeitslosigkeit zu senken. Die

Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen wird sich 2016 um 7.000 und 2017 um 16.000 erhöhen. Damit liegen die Zuwächse jedoch deutlich unter denen der Jahre 2014 und 2015 (jeweils über +30.000).

In der Folge verflacht auch der Anstieg der Arbeitslosenquote erheblich. 2016 wird die Quote in der nationalen Definition mit 9,2% gegenüber 2015 (9,1%) nahezu unverändert bleiben. Erst 2017 ist mit einem merklichen weiteren Anziehen auf 9,4% zu rechnen. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat erhöht sich heuer von 5,7% auf 6,0% und 2017 weiter auf 6,1%.

4.5 Defizit der öffentlichen Haushalte kaum verändert

Nachdem das Defizit der öffentlichen Haushalte 2015 mit 1% des BIP wesentlich niedriger war als im Vorjahr, ist heuer wieder mit einer Zunahme der Finanzierungslücke zu rechnen. Dafür sind neben der Steuerreform, die jedoch durch anderweitige Steuererhöhungen, Ausgabeneinsparungen und Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung teilweise gegenfinanziert wird, die Zusatzausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration (rund 2¼ Mrd. €) bestimmend. Unter der Annahme eines anhaltend restriktiven Budgetvollzuges ist 2016 ein Maastricht-Saldo von -1,6% des BIP zu erwarten.

Übersicht 10: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition	- 2,2	- 1,4	- 2,7	- 1,0	- 1,6	- 1,5
Primärsaldo des Staates laut VGR	0,5	1,2	- 0,3	1,3	0,5	0,4
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	0,6	0,2	0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3
Sekundärmarkttrendite ¹⁾	2,4	2,0	1,5	0,7	0,3	0,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	- 1,5	+ 1,7	+ 1,2	- 2,8	+ 1,1	+ 0,1
Real	- 1,5	+ 2,1	+ 1,5	- 2,7	+ 1,2	- 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die bislang vorliegenden Daten über den Budgeterfolg bis Juli 2016 zeigen eine dynamische Entwicklung der Einnahmen aus Körperschaftsteuer, Sozialbeiträgen und der Grunderwerbssteuer. Neben den durch die Steuerreform bedingten Mindereinnahmen an Lohnsteuer blieb auch die Kapitalertragsteuer deutlich unter den Erwartungen.

2017 wird das Budgetdefizit vor dem in dieser Prognose dargestellten ökonomischen Hintergrund mit 1,5% des BIP nahezu gleich hoch sein wie 2016. Die Schuldenquote wird von 85,5% im Jahr 2015 schrittweise auf 83,7% 2016 und knapp über 82% des BIP 2017 sinken.

Abwärtsrisiken der Budget- und Schuldenprognose ergeben sich nach wie vor aus noch unbekanntem Lasten durch weitere Bankenhilfen.

5. Das Risikoumfeld

Wie üblich weist das WIFO die Zahlen für das unter den gegebenen Annahmen, aufgrund der vorliegenden Daten und der Indikatoren für die nahe Zukunft wahrscheinlichste Szenario aus. Diesen Punktschätzern werden jedoch qualitative Einschätzungen möglicher Alternativentwicklungen und Risiken beigelegt.

Wegen der hohen Datenverfügbarkeit im September ergeben sich für 2016 kaum Risiken hinsichtlich des Wirtschaftswachstums. Die vorlaufenden Indikatoren wie z. B. die Unternehmens- und Konjunkturumfragen bilden die Entwicklung bis zum Jahres-

ende bereits gut ab, und selbst unvorhergesehene Ereignisse dürften die Ergebnisse für das laufende Jahr kaum in Frage stellen.

Für 2017 ergibt sich ein Unsicherheitsfaktor daraus, wie rasch die positiven Effekte der Steuerreform auf den Konsum der privaten Haushalte abklingen. In der Vergangenheit setzten die Wirkungen solcher Abgabensenkungen auf die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte immer verzögert ein und klangen auch recht langsam wieder aus. Da sich die heimische Wirtschaft in einem gänzlich neuen Umfeld hinsichtlich Wirtschaftswachstum und geldpolitischer Rahmenbedingungen befindet, sind diese Erfahrungen nicht zwingend auf die jüngste Steuerreform zu übertragen.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ergibt sich aus der unkonventionellen Geldpolitik der EZB. Die Zinssätze und Renditen sind historisch niedrig und teilweise negativ. So gelang es im September auch einigen Großkonzernen im Euro-Raum, Anleihen mit negativen Renditen zu begeben. Zur Einschätzung der damit verbundenen ökonomischen Effekte fehlt jegliche empirische Erfahrung aus der Vergangenheit, und auch die theoretischen Wirkungsmechanismen sind in der Wissenschaftsgemeinde umstritten.

Das Votum Großbritanniens für einen EU-Austritt ist ebenfalls ein potentieller, wenn auch geringer Unsicherheitsfaktor. Mögliche Effekte sollten lediglich von der Wechselkursänderung, der Unsicherheit auf den Finanz- und Kapitalmärkten und der Wachstumsverlangsamung in Großbritannien ausgehen. Der Wechselkurs des Pfundes gegenüber Euro und Dollar verfiel in der Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich stärker als nach dem Votum, ohne sichtbare Spuren in der Leistungsbilanz Großbritanniens hinterlassen zu haben. Offenbar weist die Produktpalette der britischen Importe und Exporte eine sehr geringe Preiselastizität auf. Die Unsicherheit auf den Finanz- und Kapitalmärkten verringerte sich rasch wieder, wie die entsprechenden Indikatoren belegen, davon dürften somit nahezu keine negativen Effekte auf die Außenhandelsaktivitäten ausgehen. Die eher wahrscheinliche Wachstumsverlangsamung in Großbritannien wird aber die österreichische Wirtschaft kaum treffen.

Das größte Risiko ergibt sich aus der weiteren Entwicklung in den Schwellenländern und vor allem in den USA. Während die Nachhaltigkeit der jüngsten Wirtschaftsbelebung in China fraglich scheint, ist unklar, wann und wie stark die Erholung in Brasilien und Russland einsetzen wird. Die USA wiesen unmittelbar nach der Wirtschaftskrise ein deutlich höheres Trendwachstum auf als die EU. Seit drei Quartalen wächst das BIP jedoch schwächer als die durch Krisen belastete Wirtschaft der EU. Die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt scheint zum Erliegen gekommen zu sein, und die Unternehmensumfragen lassen auch bis zum Jahresende eine ungünstige Entwicklung erwarten. Lediglich die Konsumentenstimmung ist unverändert gut. Auch der Ausgang der Präsidentenwahl im November 2016 bildet einen nicht abwägbaren Unsicherheitsfaktor.